

Dr. Gerhard Engel (Hildesheim)

Die griechische Staatsschuldenkrise – und Varoufakis

Anmerkungen zum Buch „Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft“ von Yanis Varoufakis¹

„Angesichts des Maßes an Unsicherheit, Verwirrung und ständiger Bewegung wäre aus meiner Sicht ... ein bisschen mehr Erwachsensein erforderlich.“

Christine Lagarde²

Die Lektüre dieses populärwissenschaftlichen Buches macht zunächst ratlos. Man hofft auf die Erörterung verschiedener alternativer Strategien, wie man aus der gegenwärtigen Krise herausfinden könnte – was natürlich eine fachgerechte Analyse vergangener Weichenstellungen einschließen müsste, die den Zug in eine offensichtlich falsche Richtung gelenkt haben.

Nichts davon.³ Statt dessen ausgedehnte Kommentare zur ökonomischen Zeitgeschichte sowie im Kern eine Philippika gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich zwei Vorwürfen gegenübersehen: Zum einen hätten sie es im Laufe des 20. Jahrhunderts immer wieder verstanden, ihre im Zweiten Weltkrieg errungene „Hegemonie“ (S. 7 und passim) zu bewahren – mit der Folge, dass dieses Land „wie ein gigantischer Staubsauger“ (S. 35) Kapital anziehen konnte, mit dem die USA ihr doppeltes Defizit finanziert hätten: das Staatsdefizit und die Schulden der privaten Verbraucher. Der zweite Vorwurf lautet: Die USA hätten es mit Hilfe ihrer ›hegemonialen‹ Stellung immer wieder verhindert, dass ein global wirkender „Mechanismus zum Überschuss-Recycling“ (S. 84) für ›überschüssiges Kapital‹ installiert werden konnte, der die Länder der „Peripherie“⁴ (also etwa Griechenland) aus den bekannten Zwangslagen befreit hätte. Wenn man es so formuliert, wie

es beim durchschnittlichen Leser des Buches offenbar ankommen soll, müsste man sagen: An der Wall Street öffnet man Champagnerflaschen, statt die darbenenden Brüder und Schwestern in Griechenland zu unterstützen, denen man doch, historisch gesehen, neben vielem anderen auch die Architektur amerikanischer Banken und Regierungsgebäude sowie die vielleicht kriegsentscheidende Verzögerung des deutschen Russland-Feldzuges im Jahre 1941 verdanke – um von moralischen Aspekten gar nicht erst zu reden.

Die Argumentation von Varoufakis zielt darauf ab, die internationalen Kapitalströme wieder in Richtung Griechenland zu lenken – und seien ›die Märkte‹ (also nicht-staatliche Instanzen) nicht willig, so müsse man eben politisch (›demokratisch‹) nachhelfen, um Banken und Notenbanken zu veranlassen, griechische Staatsanleihen zu kaufen und in Griechenland zu ›investieren‹. Flankiert wird seine Argumentation von einer oberflächlichen Interpretation der Ideen des britischen Wirtschaftswissenschaftlers John Maynard Keynes (1883-1946), mit der gleichzeitig suggeriert wird, dass es nur einiger entschlossener makroökonomischer Maßnahmen bedürfe, um das griechische Schiff von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft wieder flott zu bekommen.

Was ist davon zu halten? Nichts. Ich werde dem ökonomisch weniger versierten Leser in mehreren Schritten diese kurze Antwort zu erklären versuchen. Der *erste* Schritt besteht in einer Parabel – dem gleichnishaften Herunterbrechen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge auf die ökonomischen Beziehungen innerhalb einer Großfamilie. Der *zweite* Schritt besteht in einer Rückübersetzung dieser Parabel in die realwirtschaftliche Dimension, verbunden mit der Klärung einiger ökonomischer Grundbegriffe. Im *dritten* Abschnitt geht es um die Prüfung des wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrunds, vor dem Varoufakis argumentiert: Wird Keynes von Varoufakis richtig interpretiert? Haben seine Theorien eine Relevanz für die Bewältigung der Griechenland-Krise? Und: Wer ist *eigentlich* der „Minotaurus“? Der *vierte* Abschnitt schließlich enthält einige weiterführende Überlegungen.

1. Die Parabel vom armen Onkel

Stellen wir uns folgendes Szenario vor. Das inoffizielle Oberhaupt einer Großfamilie erhält eines Tages einen Anruf. Aufgeregt berichtet seine Großnichte, dass ihr Vater ganz offensichtlich in finanziellen Schwierigkeiten steckt: Geld- und Kreditkarten funktionieren nicht mehr, die Banken geben ihm keine weiteren Darlehen. Offensichtlich seien fällige Kreditraten nicht überwiesen worden. Jetzt drohen der Verkauf des familiären Tafelsilbers und letztlich die Zwangsräumung der schönen Villa am Meer. »Könnt ihr uns helfen?«

Nach dem ersten Schreck überweist das Familienoberhaupt eine Soforthilfe, damit die Banken erst einmal stillhalten (und, in die Realität übersetzt: damit die Kunden der Bank gefüllte Geldautomaten vorfin-

den). Dann geht es an die Ursachenanalyse. »Bevor ich deinen Vater selbst anrufe: Weißt du, was da los ist?« – »Nein, eigentlich nicht – ich hatte immer den Eindruck, dass es uns finanziell sehr gut geht. Erst vor einem Jahr schenkte er mir zu meinem 20. Geburtstag einen Sportwagen – auf Kredit, wie er mir gestern Abend gebeichtet hat. Die Zinsen seien so niedrig gewesen, dass man eigentlich nicht widerstehen konnte ...« – »Und ist dir sonst etwas aufgefallen?« – »Na ja, ich habe mich schon gewundert, dass er oft bereits mittags aus der Behörde nach Hause kam. Das Ärgerliche ist: Weder mein Bruder noch ich kriegen einen Fuß in die Tür. Stellenangebote? Fehlanzeige. Da lernt man nun jahrelang – für was? Wir können also auch nicht einspringen, um das Familienschiff über Wasser zu halten.« – »Und Mama?« »Tja, das ist das eigentlich Schlimme: Ihr ist gekündigt worden – angeblich wegen eines Alkohol-Problems. Wir glauben aber, dass es einfach darum geht, in der allgemeinen Krise Arbeitnehmer loszuwerden ... Jedenfalls ist sie fix und fertig.« – »Na, das sind ja schöne Nachrichten ...! Aber nun beruhige dich, wir sind ja auch noch da.«

Nach umfangreichen Recherchen wird ein Krisentreffen der Großfamilie einberufen. Was kann man tun? »Ziel unserer Hilfen muss es sein«, doziert ein Familienmitglied, das in Chicago Wirtschaftswissenschaften studiert hat, »dass die Vier irgendwann ihre Rechnungen wieder bezahlen können. Natürlich bin ich als Familienmitglied bereit, meinen persönlichen Beitrag für einen Ausweg aus dieser misslichen Situation zu leisten. Aber nicht grenzenlos und nicht ohne Bedingungen, sonst fühle ich mich durch Onkel Dimitri quasi besteu-

ert, ohne dass ich eine Einspruchsmöglichkeit hätte. Ich schlage daher vor, unsere Zuschüsse an die Bedingung zu koppeln, dass sich Lydia einer Therapie unterzieht, vielleicht verbunden mit einer Weiterbildungsmaßnahme, damit sie den Anschluss nicht verliert. Und die Brüder müssen vielleicht Abstriche machen an ihren hohen Einkommenserwartungen. Zu tun gibt es eigentlich immer, die Arbeit geht ja niemals aus. Man muss nur wollen und auf die Signale vom Arbeitsmarkt hören ...«. – »Schön gesagt«, erwidert ein anderes Familienmitglied, das in Athen seinen Abschluss in Soziologie gemacht hat. »Aber erstens sind wir ja eine *Familie*. Wie wäre es da mit ein wenig Solidarität? In Familien steht man füreinander ein, egal, wer an einer misslichen Situation ›schuld‹ ist.« – »Na ja«, mischt sich die psychotherapeutisch ausgebildete Tante ein, »so einfach ist es auch nicht. Man erzeugt durch unbegrenzte und bedingungslose Zahlungen eine Kultur der Abhängigkeit, zerstört das Gefühl für Leistung und Gegenleistung und fördert ein Anspruchsdenken, das manches Mitglied unserer Familie gewiss nicht unbegrenzt hinnehmen wird. Immerhin« fügt sie mit einem verständnissinnigen Blick auf den Wirtschaftswissenschaftler hinzu, »beruht ja auch die Solidarität in einer Familie auf einem fein austarierten Gewebe von Leistung und Gegenleistung, das gegen Asymmetrien nur etwas besser abgepuffert ist als andere soziale Beziehungssysteme.⁵ Aber auch in Familienverbänden möchte es niemand erleben, dass man, wie meine Patienten es oft ausdrücken, ›immer nur reinbuttert, ohne etwas zurückzukriegen‹. Mit der Solidarität ist das eben so eine Sache ... Die familiäre Solidarität ist, jenseits allen gefühligen Ballasts, eben letztlich auch nur

das Ergebnis gelingender Reziprozität. Diese Lektion lernen übrigens gerade diejenigen äußerst ungern, die sich mit Gegenleistungen schwer tun. Wie wäre es, wenn unsere Männer mal lernten, im Haushalt mehr zu tun als nur den sprichwörtlichen Mülleimer herauszubringen?«⁶

»Und der zweite Gesichtspunkt«, setzt die Soziologin ihre Einlassung fort, ohne auf den Einwand der Tante einzugehen, »ist ja doch, dass wir nicht hoffen können, das Problem zu lösen, bis nicht an den gesellschaftlichen Regeln etwas geändert wird. Als Soziologin wehre ich mich dagegen, dass man die missliche Situation, in die Dimitri und seine Familie geraten sind, einfach ihrem individuellen Fehlverhalten zuschreibt. Die *wollen* bestimmt alle, aber sie *können* nicht – und daran ist die Gesellschaft mit ihren Regeln schuld. Wenn man sich das mal näher überlegt, kann man da durchaus schon mal zur Flasche greifen ...!«

»Nun«, mischt sich der Ökonom wieder ein, »gegen Regeländerungen habe ich nichts. Wie sollte ich auch? Gerade in Chicago hat man uns durchaus ein Gespür für die Abhängigkeit eines wirtschaftlichen Outputs von der Ausgestaltung des gesellschaftlichen Regelgefüges beizubringen versucht. Eben deshalb sollte man auch im Falle unseres Landes die staatlichen Regeln im Auge haben, wenn es darum geht, auch für unsere Familie etwas zu verbessern. Warum ist denn unser Öffentlicher Dienst so unproduktiv, wie er ist? Das ist doch kein Naturgesetz! Ich erinnere daran, dass Dimitri nach Aussage seiner Tochter oft schon um 13:00 Uhr nach Hause kam – nach getaner ›Arbeit‹, versteht sich ...«. Er lächelt süffisant.

»Und warum bloß dauert es bei uns so lange, bis man eine simple Eis-Diele eröffnen darf? Um von Bestechungsgeldern bei Führerscheinen gar nicht erst zu reden! Aber eigentlich müssen *wir alle* uns an die eigene Nase fassen: Wie kommt es, dass wir es als Gesellschaft zulassen, dass manche Bürger ungerührt Rentenzahlungen für längst Verblichene kassieren – und niemand sagt etwas? Und erst die allgemein akzeptierte Steuervermeidung und Steuerhinterziehung ... Meine Güte!«

Nach längerer Diskussion kommt die Familienrunde dann überein, ein Hilfspaket zu schnüren – bestehend aus direkten Unterstützungszahlungen, um den Offenbarungseid Dimitris abzuwenden, und einem Coaching-Programm, das die Mitglieder der Familie in den Stand setzt, etwas zu produzieren, das Andere auch freiwillig annehmen wollen – sie sollen also »wettbewerbsfähig« werden, wie der Ökonom ebenso kühl wie präzise klarstellt. »Ziel muss es sein, dass Dimitri und die Seinen irgendwann wieder auf ihren eigenen Füßen stehen können – und wenn es zehn Jahre dauert.« Und sie beschließen, außerdem eine politische Initiative zu starten, die auf gesellschaftlicher Ebene die Modernisierung der Regeln vorantreiben soll – die also auf eine allgemeine Erleichterung von Austauschbeziehungen abzielt, wie sie in liberalen Marktgesellschaften ja gang und gäbe sind. Das bedeutet letztlich: Es geht um die Schaffung von *Rahmenbedingungen* für Arbeitsplätze.⁷

2. Staatsschuldenkrisen – einige ökonomische Klarstellungen

Verlassen wir jetzt vorläufig Dimitri und seinen Clan und klären wir an seinem Beispiel einige grundlegende Zusammenhänge.

Zunächst: *Ein ökonomisch nachhaltiger Privathaushalt ist dauerhaft zahlungsfähig* – einerlei, ob Single oder Großfamilie. Es geht darum, dass man das, was man verbraucht, auch durch Gegenleistungen abgilt. Das bedeutet nicht, dass man nur das ausgeben darf, was man aktuell erwirtschaftet hat. Immer schon konnte man sich Geld leihen (oder vor der Einführung des Geldes: naturale Gegenleistungen versprechen), um *jetzt schon* ein Haus bewohnen oder ein Auto fahren zu können, das man mit dem aktuell vorhandenen Vermögen nicht sofort bezahlen könnte. Zu diesem Zweck leiht man sich bei »Kreditinstituten« den notwendigen Betrag – also letztlich bei jemandem, der über das benötigte Geld verfügt und es dort angelegt hat. Und auch diese Institute können nicht nur das bei ihnen eingezahlte Geld verleihen: Banken dürfen (im Gegensatz zu Privatpersonen) mit Hilfe der Zentralbank »Geld schöpfen«, also völlig neues Geld in den Wirtschaftskreislauf einspeisen, *wenn ihnen die Rückzahlung als gesichert erscheint*. Das stellt so lange alle besser, wie die Schuldner ihre »Kredite« auch tatsächlich bedienen⁸ – und das können sie, wenn die Kreditraten und die Kosten für die von ihnen konsumierten *individuellen Güter* ihr Einkommen nicht dauerhaft übersteigen.

Auch für Staaten gilt: *Ökonomisch nachhaltige Staaten sind dauerhaft zahlungsfähig*. Auch bei ihnen geht es darum, dass das, was sie verbrauchen, durch Gegenleistungen abgegolten wird. Allerdings haben sie gegenüber Privatpersonen den Vorteil, dass sie ihren Finanzbedarf durch *Besteuerung* decken können. Staaten können daher nicht so leicht wie Normalbürger insolvent werden, da sie in der Lage

sind, durch höhere Steuern ihr Einkommen zu erhöhen. Aber grundsätzlich ist der Staat in keiner anderen Lage als seine Bürger: Auch seine Investitionen (etwa in die Infrastruktur) müssen sich rechnen, damit sein Konsum (etwa gepflegte öffentliche Parks) dauerhaft möglich wird. Die Kosten für ein *kollektives Gut* wie eine Brücke oder eine Schule müssen also volkswirtschaftlich gesehen Erträge erwirtschaften, die die Kosten der Brücke oder der Schule übersteigen. Um Brücken oder Schulen überhaupt erst einmal bauen zu können, muss jedoch auch der Staat Schulden machen, also ›Anleihen begeben‹ – nämlich das Versprechen geben, dass seine Schuldtitel nach Ende der Laufzeit aus den dann erzielten Steuergeldern zurückgezahlt werden können.

So weit, so gut. Doch nun ist es an der Zeit, einige unangenehme Details zu erwähnen. Das erste ist: Die Bezeichnung ›Kredit‹ leitet sich vom lateinischen ›*crēdere*‹, ›glauben‹ ab. Die Mitglieder unserer Großfamilie *glauben*, dass ihre Zahlungen längerfristig an der Situation des Onkels etwas zum Besseren ändern werden. Gläubiger *glauben* (darum heißen sie so), dass sie das Geld, das sie irgendwann einmal jemandem geliehen haben, auch irgendwann einmal wiedersehen werden. Das ganze Kreditsystem, also die Wirtschaft im Ganzen, hängt demnach vor allem von der Zahlungsmoral der Bürger *und* (!) des Staates ab: *Alle müssen eine Verpflichtung fühlen, einen einmal geschlossenen Vertrag auch zu erfüllen*, damit der ›Glaube‹ der ›Kreditgeber sich auch als gerechtfertigt erweist. Dass diese zentral wichtige Voraussetzung von nachhaltiger Prosperität und nachhaltigem Wohlstand nicht selbstverständlich ist,

kann man an den bröckelnden Zahlungsmoral-Indikatoren der einzelnen Länder ablesen.⁹ Historisch ist es so, dass wir uns im Übergang vom Mittelalter zur Moderne von einer feudalen ›Zahlungsmoral‹ verabschiedet haben, die den Kaisern und Königen ermöglichte, ›geliehenes‹ Geld einfach nicht zurückzuzahlen und die ›Kreditgeber aus den Kreisen des untergeordneten Adels, je nach Temperament, zu köpfen oder einzusperren, wenn sie unklugerweise auf der ›Rückzahlung der Schulden‹ bestanden. Man glaube nicht, dass dieses feudale Denken heutzutage völlig verschwunden ist: Es feiert außer bei Varoufakis fröhliche Urstände ausgerechnet im Kreise des französischen Parlaments. So äußerte Karine Berger, sozialistisches (!) Mitglied des dortigen Finanzausschusses (welch doppelsinniges Wort) in einem ARTE-Feature zur aktuellen Staatsschuldenkrise Folgendes:

„Schulden haben keinen moralischen Aspekt. Es handelt sich hier um einen reinen Vertrag, und diesen kann man einhalten – oder auch nicht. Das heißt aber auch, dass eine Verschuldung keinen Anlass zu einem schlechten Gewissen gibt. Es ist keine Sünde, sich zu verschulden. Und es ist sehr bedauerlich, dass manche Kulturen oder politischen Ansätze Schulden mit etwas Moralischem oder mit einem Gut-Böse-Schema gleichsetzen. Das Ganze ist ein reiner Wirtschaftsvertrag. Da muss niemand Gewissensbisse haben.“¹⁰

Hätte Mme Berger während ihrer Ausbildung an der *École Polytechnique* besser aufgepasst, wüsste sie, dass sie in ihrem Statement eine historisch und wirtschaftsethisch zutreffende Feststellung mit einer gefährlichen Halbwahrheit vermengt hat. Richtig ist: Es gehört zu den Kennzeichen der ökonomischen Moderne, dass ›Schulden‹ zu *haben* nichts moralisch Anrüchliches mehr an sich hat: Wer nicht so lange

auf das Auto oder das dritte Bier warten zu können glaubt, bis er es bar bezahlen kann, und statt dessen einen Kredit aufnimmt beziehungsweise anschreiben lässt, steht nicht mehr wegen Gier am Pranger. Doch daraus zu folgern, dass es inzwischen auch moralisch unproblematisch sei, ›Schulden‹ *nicht zurückzuzahlen*, ist kühn: Immanuel Kant hätte Mme Berger, wäre er nicht ein so höflicher Mensch gewesen, hochkant aus seinem Arbeitszimmer geworfen. Aber dieses in europäischen Parlamentskreisen sich ausbreitende ›Denken‹ (›Schulden *kann* man zurückzahlen – *muss* man aber nicht‹) erklärt zu einem guten Teil die Chuzpe, mit der Yanis Varoufakis in seiner Zeit als griechischer Finanzminister die Verhandlungen mit ›den Institutionen‹ geführt hat.

Das zweite unangenehme Detail betrifft den Begriff der ›Investition‹. Kommen wir zur Erläuterung auf unsere Großfamilie zurück. Stolz verkündet Onkel Dimitri eines Abends in der wöchentlichen Skatrunde, dass er gerade ›in ein Auto für seine Tochter investiert‹ habe. Doch nicht jeder Kauf eines Gutes ist eine *Investition*; er ist es nur in dem Maße, als der Gebrauch dieses Gutes *Einkommen generiert*. Man kann also nur hoffen, dass ein nüchterner und aufklärerischer Kopf seinen Platz in der Skatrunde mit folgender Frage riskiert hat: ›Fährt deine Tochter mit dem Wagen nur ihre Prada-Täschchen spazieren, oder fährt sie damit zu einem auf andere Weise nicht erreichbaren Arbeitsplatz? Oder hat sie gar einen Taxi-Schein?‹ Im ersten Fall würde es sich um reinen Konsum handeln, im zweiten wenigstens teilweise um eine Investition (denn die Tochter kann ja in diesem Fall *außerdem* mit ihrem Wagen noch ihre Prada-Täschchen spazieren fahren),

im dritten um eine nahezu reine Investition.

Das dritte unangenehme Detail betrifft den *Haushalt demokratischer Staaten*. Er hat eine Achillesferse; sie lautet: *Defizite aus politischer Opportunität*. Das bedeutet: Im Interesse ihrer (Wieder-)Wahl versprechen Politiker öffentliche Leistungen oder auch wählerwirksame Begünstigungen von ›Benachteiligten‹, die eigentlich nicht aus dem regulären Haushalt finanziert werden könnten. Da sie aber nun einmal versprochen wurden, dem Wahlvolk einleuchten und Steuererhöhungen als unpopulär gelten, finanziert man sie eben ›auf Pump‹, oder, wenn das nicht mehr als opportunistisch gilt, durch eine Verlagerung der Belastung auf Unternehmen und ihre Kunden.¹¹ Kurz: *Demokratische Staaten laufen systemimmanent in eine Schuldenfalle*.¹² Nicht, dass sie das nicht erkennen würden: Begriffe wie ›Schuldenbremse‹ oder ›Schwarze Null‹ zeigen, dass inzwischen zumindest schon einmal das Problem erkannt wurde.¹³ Jedenfalls kann man den Begriff ›Staatsschuldenkrise‹ so übersetzen: Den Geldgebern (also zum Beispiel auch Ihnen, liebe Leserin, die ihr Geld in eine Lebensversicherung investiert hat) kommen Zweifel, ob die Kreditnehmer überhaupt in der Lage sein werden, ihre Schulden jemals zurückzuzahlen – so dass Sie irgendwann auch wieder an Ihr Geld kommen können. Nehmen die Zweifel zu, versucht man als rational handelnder Familienvorstand oder Banker natürlich, so schnell wie möglich aus den verdächtigen Titeln auszusteigen – was dann an den Börsen zu den bekannten Kursstürzen und (in deren Folge) zu Banken Krisen führt.

Diese für demokratische Gesellschaften typischen Defizite aus politischer Opportunität standen auch Pate bei der Entstehung der sogenannten „Subprime-Krise“. Subprime-Kredite sind solche, deren Rückzahlung als nicht sicher gilt. Wegen der lange Zeit viel zu lockeren amerikanischen Geldpolitik und wegen der politisch opportunen Ermunterung auch ärmerer Schichten, sich doch Hauseigentum anzuschaffen, wurde eine Immobilienblase erzeugt, deren Platzen uns noch heute beschäftigt.¹⁴

3. Der lokale Minotaurus: Varoufakis – und Keynes

Jetzt sind wir mit dem nötigen Rüstzeug ausgestattet, um einen geschärften Blick auf die Vorstellungen von Yanis Varoufakis werfen zu können. Wie ist nach seiner Auffassung die griechische Staatsschuldenkrise entstanden, und wie soll sie gelöst werden?

Beginnen wir mit dem merkwürdigen Untertitel des Buches: Warum gelten die USA in seinen Augen als „Minotaurus“? Dem humanistisch Gebildeten ist er als der ›Stier des Minos‹ bekannt, der sich von Menschenfleisch ernährte und von Theseus schließlich zur Strecke gebracht wurde. „Das bedeutete die Befreiung der Athener von der kretischen Hegemonie und den Anbruch einer neuen Ära.“ (S. 38) Nach Ansicht von Varoufakis sind die USA nach der Insolvenz von *Lehman Brothers* für jeden sichtbar in die Rolle des *sterbenden* Minotaurus geraten: „Der Schlag ... beendete unmissverständlich die zweite Nachkriegsphase¹⁵ des Weltkapitalismus; doch die neue Ära weigert sich beharrlich, ihr Gesicht zu zeigen. So lange verharren wir alle weiter in dem Zustand der Aporie, in den uns das Jahr 2008 gestürzt hat.“ (S. 39)

Mit der Verwendung der Figur des Minotaurus verbindet Varoufakis eine analytische Feststellung mit einer moralischen Wertung. Die analytische Feststellung lautet: Die USA haben sich sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich in gewaltigem Ausmaß verschuldet. Die moralische Wertung lautet: Zum Nachteil der übrigen Länder haben sie damit die Kapitalströme ›zum eigenen Nutzen in ihr Land gelenkt‹ – und nur dadurch ihre bewunderte Rolle als Lokomotive der Weltwirtschaft spielen können. Er befürwortet daher ein umfangreiches Investitionsprogramm für die griechische Wirtschaft, eine Ausweitung der europäischen Staatsschulden ›nach keynesianischem Vorbild‹ und eine ›demokratische Wirtschaftspolitik‹, bei der die Bürger mehr Mitspracherechte darüber erhalten, was in der Wirtschaft und in der Wirtschaftspolitik geschehen soll.¹⁶

Was ist davon zu halten? Nichts. Fünf Punkte sind hier kritisch anzumerken:

(1) Die Entscheidungen der Finanzmarkt-Akteure, den Amerikanern ihre Defizite zu finanzieren (sie könnten es ja auch bleiben lassen), zeigen, welchem Land sie *am ehesten* zutrauen, die eingegangenen Zahlungsverpflichtungen auch zu erfüllen. Die Vereinigten Staaten sind nun einmal die stärkste, produktivste und innovativste (Apple, Google, Amazon, ...) Volkswirtschaft der Welt – um von der militärischen Stärke und dem dadurch möglichen sicherheitspolitischen Trittbrettfahrertum westeuropäischer Staaten gar nicht erst zu reden. Das alles hat für individuelle Investitionsentscheidungen natürlich Folgen. Um noch einmal auf unsere Parabel zurückzukommen: Wenn Onkel Dimitri mit starken Wirtschaftsdaten glänzen würde, gäbe

es die Probleme nicht, wegen derer man das Krisentreffen einberufen musste. Und selbst wenn man das amerikanische Finanzgebaren als unseriös und nicht nachhaltig einstufte: Wie würde man dann erst von dem Finanzgebaren anderer Staaten sprechen müssen?

(2) Keynes hat zwar für eine staatliche Schuldenaufnahme zugunsten von Infrastrukturprogrammen plädiert, wenn eine Volkswirtschaft in eine sich selbst verstärkende Spirale von Verbraucher-Pessimismus und Investitionszurückhaltung gerät.¹⁷ Doch die in demokratischen Gesellschaften gern übersehene *zweite* Hälfte seines Programms lautet: In guten Zeiten werden die Schulden wieder abgetragen. *Dies ist bisher jedoch noch niemals geschehen.* Hier wird erneut ein strukturelles Dilemma demokratischer Politik deutlich: Kann man erwarten, dass Politiker in guten Zeiten vom Wahlvolk fordern, den Gürtel enger als nötig zu schnallen?

(3) Die Forderung nach einem umfangreichen Investitionsprogramm für die südlichen Länder¹⁸ wird so lange folgenlos bleiben, als nicht klar wird, wie mit den ›investierten‹ Geldern dann dort verfahren wird: Niemand hat etwas von Flughäfen, die sich nicht rentieren, oder von Straßen und Brücken, die im Nirgendwo enden oder nicht fertig gebaut wurden. *Investitionen müssen Einkommen generieren, sonst nützen sie nichts.* Und das leisten geeignete Änderungen der politischen Rahmenbedingungen, also Reformen, weitaus wirksamer als bloßes Geld,¹⁹ was man ja, wie gesagt, mit Gewinn ›schöpfen‹ kann – *wenn die Rahmenbedingungen stimmen.* Aber von anderen Geld zu fordern ist eben viel leichter als das eigene Verhalten und Denken zu ändern.

(4) Varoufakis hat ein unzureichendes Demokratieverständnis. Er berücksichtigt nicht die grundlegende Einsicht, dass wirtschaftliche Prosperität auch von einer *Begrenzung* demokratischer Machtausübung abhängen kann – im Interesse aller! Die immer wieder mühsam verteidigte Unabhängigkeit der Zentralbanken im Interesse der Geldwertstabilität ist dafür nur ein Beispiel. Nicht jede demokratische Entscheidung ist also schon im Interesse aller.

(5) Varoufakis positioniert sich überraschenderweise als *lokaler Minotaurus*: Er will die Euro-Krise durch eine ›Umlenkung‹ der Finanzströme in die südlichen Peripherieländer Europas bewältigen. Doch damit schafft er erst das Legitimitätsproblem, das er in unzutreffender Weise Amerika zuschreibt: ›Demokratische Entscheidungen‹ sollen jetzt dafür sorgen, dass die Geldanleger anders entscheiden müssen, als sie bisher entschieden haben. Um wieder auf unsere Parabel zurückzukommen: Onkel Dimitri soll jetzt dauerhaft Begünstigter eines innerfamiliären Finanzausgleichs werden – da können der Chicago-Ökonom und die Psychotherapeutin noch so viel protestieren: Sie wurden einfach überstimmt. Das alles hat jedoch mit einer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im modernen Sinne nichts mehr zu tun.

4. Abschließende Überlegungen

Man fragt sich: Wie ist es möglich, dass ein Ökonomieprofessor der Universität Athen im Jahre 2014 ein Buch an die Öffentlichkeit adressiert, das sich so völlig unbeeindruckt zeigt von den Theorieentwicklungen der von ihm verachteten Mainstream-Ökonomie? Sollte dieser *cultural lag*, dieses theoretische Hinterherhinken

hinter dem Rest der Welt, gar ein Indikator für die Rückständigkeit der griechischen Wirtschaft und der griechischen Mentalität im Allgemeinen sein? Dann stünde es nicht gut um die Aussichten der Hilfspaket-Schnürer, ihr Geld wiederzusehen. Um noch einmal auf unsere Großfamilie zurückzukommen: Die Zahlungen an Onkel Dimitri sollten daher lieber gleich als *Geschenk* aufgefasst und deklariert werden, denn Geschenke muss man nicht zurückerstatten; und so weiß jeder, woran er ist.

Im realen Fall der griechischen Staatsschuldenkrise gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder man folgt Varoufakis und lässt im Sinne eines ›Griechen-Soli‹ dauerhaft Gelder nach Athen fließen – was im Rahmen unserer Parabel zwar Onkel Dimitri erfreuen würde, aber bei anderen Familienmitgliedern die Frage nach der Legitimität und den Grenzen der Solidarität aufwürfe. Oder, zweitens, man folgt dem Rat vieler Mainstream-Ökonomen und empfiehlt die Rückkehr zur Drachme. Damit wäre nicht nur ein historischer Fehler korrigiert (denn Griechenland hatte auf Grund geschöner Haushaltsdaten die Mitgliedschaft im Euro erhalten), sondern es würde sich für Griechenland die Chance eröffnen, mit billigeren Exporten und teureren Einfuhren die Handelsbilanz zu verbessern und dadurch höhere Steuereinnahmen zu generieren. Und drittens lässt sich die Staatsschuldenkrise durch angepasste Kreditkonditionen dämpfen: Der griechische Staat wird erst in vielen Jahrzehnten mit Forderungen konfrontiert, Gelder ›zurückzuzahlen‹, was seine Schuldenlast finanzmathematisch kräftig reduziert.²⁰ Und das geschieht bereits.

Doch all dies wird auf Dauer nichts nützen, wenn es nicht zu einem Mentalitätswandel und zu einer damit einhergehenden Anpassung der griechischen Institutionen kommt: *Man muss wieder lernen, Verträge zu halten* und mit dem zurechtzukommen, was man erwirtschaftet hat. Dann klappt's auch mit den Nachbarn.

Anmerkungen:

¹ Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf Varoufakis (2011/2015).

² So äußerte sich die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegenüber CNN zur Verhandlungsführung der Griechischen Regierung durch Yanis Varoufakis. (<http://tinyurl.com/ona2a8k>. Zugriff: 30.8.2015).

³ Dieses Defizit scheint Varoufakis selbst gespürt zu haben. Mit einigen anderen Autoren legte er 2015 eine kleine Broschüre mit einigen Vorschlägen zur „Lösung der Eurokrise“ auf (Varoufakis, Holland und Galbraith 2015). Ich komme darauf zurück.

⁴ Varoufakis, Holland und Galbraith (2015), S. 57. Zu den mit diesem Begriff verbundenen Transferansprüchen vgl. Sapper und Weichsel (2008).

⁵ Vgl. dazu Voland und Voland (2014).

⁶ Die Psychotherapeutin gehört in ihren Kreisen mit ihrer Sympathie für die Argumente des Chicago-Ökonomen natürlich zur absoluten Minderheit.

⁷ Es gehört zum wirtschaftspolitischen Diskursver-sagen in unseren Gesellschaften, dass selten genau unterschieden wird zwischen der »Schaffung von Arbeitsplätzen« und der »Schaffung der *Rahmenbedingungen* für Arbeitsplätze«. Das erste ist eine unternehmerische Aufgabe, das zweite die Aufgabe des Staates, und nur in dem Maße, in dem der Staat seine diesbezüglichen Hausaufgaben gemacht hat, können auch von Unternehmen Arbeitsplätze »geschaffen« werden. Vgl. dazu Weede (2009), S. 268: „In der Sprache der Ordnungspolitik und ihrer stärker angelsächsisch beeinflussten Variante, der Institutionenökonomik, kann man sagen, dass Politik und Staat für die Rahmenbedingungen bzw. die Rechtsordnung zuständig sind und der Markt für Arbeits- teilung und Tausch innerhalb des staatlich gesetzten Ordnungsrahmens.“

⁸ Daher ist die Prüfung eines Kreditantrages im Interesse der Gläubiger von besonderer Bedeutung.

⁹ Zur Zahlungsmoral gehört übrigens auch, dass sich der ›Glaube‹ eines einfachen Arbeitnehmers, am Ende des Tages, der Woche oder des Monats den vereinbarten Arbeitslohn zu erhalten, auch als gerechtfertigt erweist. Es gehört zu den vielen Facetten gegenwärtigen Staatsversagens, dass der Staat wachsende Nischen zulässt, in denen diese einfache moralische Selbstverständlichkeit nicht mehr gilt. ›Soll er doch sehen, wie er an sein Geld kommt!‹ Eine derartige Mentalität auf Seiten der Arbeitgeber wird durch staatliche Untätigkeit gefördert.

¹⁰ Delesalle (2015), 42:41-43:18. Wenn man Europa-Skepsis und Vorbehalte gegen die in Europa tätigen politischen Klassen erzeugen will: So geht es.

¹¹ Dies trifft beispielsweise auf den Mindestlohn zu.

¹² Vgl. dazu die grundlegende Analyse von Buchanan und Wagner (1977).

¹³ Die von Homburg (2013) vorgebrachten Zweifel, dass den guten Vorsätzen, die Staatsschulden wieder in den Bereich glaubhafter Rückzahlungsversprechen zurückzuführen, auch Taten folgen werden, wird gerade wieder durch die aktuelle Flüchtlingspolitik bestätigt, die ja schon aus politischen und ökonomischen Gründen nicht lange durchgehalten werden kann. Der Staat findet eben immer wieder Gründe, mit geliehenem Geld wählerwirksam ›Gutes‹ zu tun.

¹⁴ Dabei haben *alle* gesellschaftlichen Gruppen versagt: Der amerikanische Staat, weil er die Notenbank auf politische Ziele verpflichtet hat; der Finanzsektor, weil er eifrig die Risikokredite bündelte und als ›sichere Anlagen‹ in alle Welt absetzte; und die Normalbürger, die ebenso bedenkenlos wie uninformiert nach Phantasierenditen gierten.

¹⁵ Nach Varoufakis (2011/2015, S. 118) wurde 1971 mit der Abschaffung des Goldstandards durch Präsident Nixon die erste Nachkriegsphase beendet. Dollars wurden fortan nicht mehr in Gold getauscht.

¹⁶ Vgl. dazu vor allem Varoufakis (2015).

¹⁷ Zu Keynes vgl. einführend Pies (2014).

¹⁸ So Varoufakis, Holland und Galbraith (2015), S. 57.

¹⁹ Das macht eindrucksvoll und höchst lesenswert de Soto (2002) klar.

²⁰ Vgl. dazu Fiedler und Kooths (2015). Doch über diese unauffällige Reduzierung der Schuldenlast redet man nicht gern – schon um den europäischen Politikern das Eingeständnis zu ersparen, dass man eben doch viel Geld der Steuerzahler ›verliehen‹ hat, das man niemals zurückbekommen wird.

Literatur

Buchanan, James M. / Wagner, Richard E. (1977): *Democracy in Deficit. The Political Legacy of Lord Keynes*. New York: Academic Press.

Delesalle, Laure (2015): *La dette, une spirale infernale? Staatsschulden – System außer Kontrolle?* ARTE-Feature, 15.9.2015, 20:15 (81 Min.). <http://www.arte.tv/guide/de/048762-000/staatsschulden-system-ausser-kontrolle>

Fiedler, Salomon / Kooths, Stefan (2015): *Griechenland: Zwischen Insolvenz und Schuldenerlass*. In: Wirtschaftsdienst 95, Heft 9, S. 609-613.

Homburg, Stefan (2013): *Schulden, Schuldenbremsen und Staatsverschuldung*. In: Wirtschaftsdienst 93, Sonderheft „Verdient der Markt noch unser Vertrauen?“, S. 30-33.

Pies, Ingo (2014): *Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von John Maynard Keynes*. In: Ders. / Leschke, Martin (Hrsg.): *John Maynard Keynes' Gesellschaftstheorie*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 1-41.

Sapper, Manfred / Weichsel, Volker (2008): *Transfergeschichte(n): Peripherie und Zentrum in Europa*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

Soto, Hernando de (2002): *Freiheit für das Kapital! Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*. Berlin: Rowohlt.

Varoufakis, Yanis (2011/2015): *Der globale Minotaurus. Amerika und die Zukunft der Weltwirtschaft*. 2. Auflage. München: Antje Kunstmann.

Varoufakis, Yanis (2015): *Democratizing the Eurozone*. <http://www.project-syndicate.org/commentary/eurozone-democratic-deficit-by-yanis-varoufakis-2015-09>, 1.9.2015 (Zugriff 10.9.2015).

Varoufakis, Yanis / Holland, Stuart / Galbraith, James K. (2015): *Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Euro-Krise*. München: Antje Kunstmann.

Voland, Eckart / Voland, Renate (2014): *Evolution des Gewissens. Strategien zwischen Egoismus und Gehorsam*. Stuttgart: Hirzel.

Weede, Erich (2009): *Die Finanzmarktkrise als Legitimitätskrise des Kapitalismus: Überlegungen zu (allzu) menschlichem Handeln in Wirtschaft und Politik*. In: ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 60, S. 267-287.

